

Beschlüsse der 35. Sitzung

des Studierendenparlaments der Universität Münster



Präsidium des 62. Studierendenparlaments

Paul Bohmann (Präsident)
Katharina Sell (Stv. Präsidentin)
Matthias Werk (Stv. Präsident)

In der 35. Sitzung des 62. Studierendenparlaments wurden die unten stehenden Beschlüsse gefasst. Die Sitzung fand am 26. Oktober 2020 um 18:15 über Zoom (Meeting-ID: 997-909-039) statt und wurde von Paul Bohmann geleitet.

c/o AstA Uni Münster
Schlossplatz 1
48149 Münster

Die Beschlüsse führen lediglich die Ergebnisse der gestellten Gesamtanträge auf. Die Diskussionen sind dem jeweiligen Protokoll zu entnehmen.

stupa@uni-muenster.de
www.stupa.ms

Mittwoch, 28. Oktober 2020

Bestätigung von Protokollen

Das Protokoll der 28. Sitzung wurde bestätigt.

(21/6/0)

Das Protokoll der 29. Sitzung wurde bestätigt.

(25/2/0)

Umbesetzung von Ausschüssen & Kommissionen

Herausgeber*innenausschuss

Für CampusGrün: Ersetze Bonnie Plitzkat durch Noemi Piontek als ordentliches Mitglied

(24/3/0)

Antrag aus dem Haushaltsausschuss: Finanzielle Unterstützung der gemeinsamen Workshop-Reihe der Projektstellen *Treibgut* und *Hello My Name Is*

Das Studierendenparlament beschließt die Förderung der gemeinsamen Workshop-Reihe der Projektstellen *Treibgut* und *Hello My Name Is* in Höhe von 1170 €.

(27/0/0)

Antrag: Diversity an der Universität

Das Studierendenparlament beschließt:

„Das Studierendenparlament fordert von dem Rektorat der Universität, sowie von den Fachbereichen, mehr Engagement im Bereich Diversity. Konkret sollen folgende Maßnahmen im Rahmen des Diversity-Konzepts festgeschrieben und dauerhaft etabliert werden:

1. Das Rektorat soll die zuständigen Stellen für ein Diversity-Konzept stärker unterstützen und verstetigen. Dafür soll die Stelle unbefristet eingerichtet und, wie die Gleichstellungsbeauftragte der Universität, als beratendes Mitglied in alle Leitungsgremien und -kommissionen der Universität, eingebunden werden. Das AStA-Referat für Kultur, Diversity, Feminismus und Politische Bildung soll sich ebenfalls aktiv dafür einsetzen.
2. In diesem Konzept sollen konkrete Maßnahmen gegen jegliche Diskriminierung gelistet werden, unter anderem gegen Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Faschismus und Antisemitismus an der Universität.
3. Die Universität soll konsequent gegen sexistische, rassistische, queerfeindliche, faschistische und antisemitische Professor*innen, Mitarbeiter*innen und Hochschulgruppen vorgehen. Es soll ein transparenter Mechanismus etabliert werden, der die Vorwürfe aufklärt und zu entsprechenden Sanktionierungen der Täter*innen führt. Dazu gehört eine zentrale Beratungsstelle für die Aufnahme von Beschwerden, das Erstellen entsprechender Statistiken und die Aufklärung der Vorwürfe. Konkrete Sanktionen könnten bei Hochschulgruppen beispielsweise das Streichen aus der Matrikel und der Ausschluss von jeglicher finanziellen Unterstützung seitens der Studierendenschaft und Universität sein. Für Mitarbeiter*innen könnten hier disziplinarrechtliche Maßnahmen, wie Kürzung der Dienstbezüge, Zurückstufungen, Geldbußen, Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder bei besonders schweren Verstößen, der Verweis aus der Universität, erfolgen.
4. Für die Sensibilisierung gegenüber Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Faschismus und Antisemitismus sollen verpflichtende Fortbildungen für Professor*innen und Mitarbeiter*innen entwickelt und durchgeführt werden. Mindestens soll aber ein entsprechendes Training vom Rektorat und dem Senat aktiv unterstützt und beispielsweise bei Neuberufungen vorgestellt und positiv kommentiert werden.
5. In dem Konzept soll weiterhin die Barrierefreiheit auf allen Ebenen festgeschrieben und konkrete Aktionen zur Umsetzung etabliert werden.
6. Das ZHL soll zur konkreten Förderung der Barrierefreiheit auf allen Ebenen eine Fortbildung zu UDL (Universal Design for Learning), sowie zur Erstellung barrierefreier Lehr- und Lernmaterialien etablieren, bewerben und durchführen.
7. Zur FINT*-Förderung soll in dem Diversity-Konzept die Quotierung aller universitären Gremien festgeschrieben werden.
8. Die Fachbereiche sollen den Bereich Diversity verpflichtend in die eigenen Strukturentwicklungspläne aufnehmen. Danach sollen, begleitend zum Diversity-Konzept, eigene Awareness-Konzepte erarbeiten und etablieren.
9. Um allen Studierenden die Möglichkeit auf ein freies und selbstbestimmtes Studium zu geben, sollen in den Fachbereichen und im Rektorat stärkere Bemühungen für die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums unternommen werden.
10. Um die Studierendenschaft und die Universität internationaler zu gestalten, soll das Angebot an Plätzen für ausländische Studierende ausgeweitet werden. Wir be-

kräftigen hierbei auch unsere Forderung an die Landesregierung, keine Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer einzuführen.

11. Zugleich soll sich die Universität stärker für eine Verlängerung der Visa von ausländischen Studierenden einsetzen und diese dabei mehr unterstützen.

12. Um die Internationalisierung zusätzlich tiefergehend zu gestalten, sollen die Fachbereiche Prodekane für Internationalisierung einsetzen.“

(18/0/9)

Antrag: Studierende vor den Corona-Auswirkungen schützen!

Das Studierendenparlament beschließt:

„Das Rektorat, die Uni-Verwaltung und die Fachbereiche sollen alle erdenklichen Maßnahmen ergreifen um Studierenden im Wintersemester 2020/21 vor den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu schützen! Dazu zählt für uns die Beibehaltung der geltenden Regelungen zu den Studienbedingungen, Studienleistungen und Prüfungsleistungen. Konkret fordern wir:

- Die Freiversuchsregelung soll auch über das Sommersemester 2020 hinaus erhalten bleiben, bis ein Studienbetrieb, wie vor Corona-Krise, möglich ist. Der Drittversuch ist zwar im Allgemeinen schon eine sehr einschränkende und unsoziale Idee, durch die veränderten Rahmenbedingungen sind aber gerade jetzt die Prüfungsleistungen und die Vorbereitungen zwischen dem Wintersemester 2019/20 und Wintersemester 2020/21 absolut nicht vergleichbar! Dadurch kann die Drittversuchsregelung sehr vielen Studierenden schaden, was wir zwingend verhindern müssen!
- Die Universität soll sich auf Landesebene für eine Erneuerung der Corona-Hochschulverordnung einsetzen, in der die Drittversuchsregelung weiter ausgesetzt wird.
- Der Rücktritt von Prüfungen soll auch weiterhin bis zu ihrem Beginn zulässig bleiben und der Nicht-Antritt soll weiterhin als Rücktritt gewertet werden.
- Die Universität soll sich auf Landes- und Bundesebene für eine erneute Verlängerung der Regelstudienzeit um ein Semester einsetzen. Durch die Struktur vieler Studiengänge ist in den meisten Fällen eine Wiederholung von Modulen nur ein Jahr später möglich. Die Verlängerung der Regelstudienzeit um ein Semester hilft den Studierenden dieser Studiengänge daher nicht weiter.
- Der Studi-Kidz-Zuschuss soll weitergeführt und in der Vorlesungszeit wieder verdoppelt werden. Dies dient dazu die stundenweise Kinderbetreuung oder Betreuungsgänge in Schließzeiten oder bei Ausfällen abzudecken.
- Der Corona-Notfond und das Madame-Courage-Spendenprojekt sollen auch im Wintersemester 2020/21 weitergeführt werden um Studierenden eine Teilhabe am Studium zu ermöglichen und finanziell bedingte Exmatrikulationen zu vermeiden. Dafür soll der Corona-Notfond wieder stärker aufgefüllt werden.
- Das Rektorat soll sich bei der Bundesregierung für eine Öffnung des Bafögs und für Corona-Nothilfen in Höhe des Bafög-Höchstsatzes einsetzen.“

(25/2/0)

Antrag: Mehr Transparenz bei den AStA-Projektstellen

Das Studierendenparlament beschließt:

„Das Studierendenparlament fordert die Beauftragungen des AStA auf, jährliche Berichte über ihre Tätigkeiten zu veröffentlichen.“

(19/2/5)